

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.70 M., monatlich 90 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 24 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 18 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeile 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenwechsel und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unanänderter Anzeigen in

Montag
22
September

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschuß. Jede Nachschußbewilligung wird fünfjährig bei gerichtlicher Beilegung der Anzeigengebühren. — Einsache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller-
spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 148 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Telefonnummer 44.

43. Jahrgang

Die Verfassungsänderung.

Berlin, 19. Sept. Den alliierten und assoziierten Regierungen wurde von dem deutschen Vertreter in Versailles folgende Note übermittelt:

Die deutsche Regierung stimmt mit der in der Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 11. November dargelegten Auffassung überein, daß, soweit die deutsche Verfassung und der Friedensvertrag in Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorgehen kann. Sie erklärte bereits, daß sie in Konsequenz dieses Standpunktes und indem sie die von den alliierten und assoziierten Regierungen verlangte Auslegung des Artikels 80 des Friedensvertrages annimmt, den Artikel 61 Abs. 2 der deutschen Verfassung als kraftlos erachtet, so lange nicht der Völkerbundstat einer entsprechenden Änderung der internationalen Lage Österreichs zustimmen würde. Sie hat nichts dagegen einzuwenden, diese Erklärung nunmehr in der Form abzugeben, die in der Anlage der Note vom 11. September vorgeschlagen wurde. Zu diesem Zwecke verfaßt sie den Unterzeichneten mit der gehörigen Vollmacht und wies ihn an, mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen wegen des Zeitpunktes der Vollziehung der Erklärung in Verbindung zu treten.

Die deutsche Regierung knüpft an die Ausführungen der alliierten und assoziierten Regierungen noch ausführliche Bemerkungen. Sie weist nach, daß die Aufnahme des Artikels 178 in die deutsche Verfassung keinen Kunstgriff darstellt, sondern eine wohlgegründete notwendige Maßnahme. Es seien hiernach irrtümliche Voraussetzungen, die die alliierten und assoziierten Regierungen zu dem mit den ausdrücklichen Erklärungen der deutschen Regierung in Widerspruch stehenden Schlußfolgerungen brachten, daß im Artikel 61 Abs. 2 eine Vertragsverletzung beabsichtigt war. Die deutsche Regierung weist diese Unterstellung mit aller Schärfe zurück. Sie kann auch den ironischen, den internationalen Gepflogenheiten nicht entsprechenden Ton, womit die Note der Alliierten und Assoziierten die feierliche Erklärung der deutschen Regierung behandelnd zu dürfen glauben, nicht stillschweigend hinnehmen. Die Tatsache, daß Deutschland den Krieg verlor, gibt seinen Gegnern nicht das Recht sich einer Sprache zu bedienen, die den Zweck haben soll, Deutschland vor aller Welt zu verlegen. Die deutsche Regierung wird den Alliierten und Assoziierten auf diesem Wege nicht folgen. Die Herbeiführung des wirklichen Friedenszustandes kann aber durch dieses Vorgehen der alliierten und assoziierten Mächte nur erschwert werden.

Politische Rundschau.

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung.

Berlin, 19. Sept. Wie die „A. V.“ hört, wird Präsident Heßelbach die nächste Sitzung der Nationalversammlung für den 30. September nach Berlin einberufen.

Personen, aber kein Systemwechsel.

mz Berlin, 20. Sept. Reichswirtschaftsminister Rohmert Schmidt wurde auf seinen Wunsch von dem von ihm mitverwalteten Amt eines preussischen Kommissars für die Volksernährung entbunden. Zu seinem Nachfolger wurde der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Peters bestellt, der bisher schon bei der Tätigkeit des preussischen Staatskommissars hervorragend beteiligt war. Die sachlich erwünschte Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium bleibt somit erhalten. Jergend ein Systemwechsel tritt nicht ein.

Sturmzeichen.

mz Berlin, 20. Sept. Laut „B. Z.“ berichten die „M. A. N.“ über eine Geheimkonferenz revolutionärer Kommunisten deutscher und russischer Nationalität in Hof, auf der das Kampfprogramm für den Winter festgelegt werden sollte. Für die planmäßige Vorbereitung der großangelegten Umsturzbewegung war der Generalstreik in den Industrien, die Zersplitterung und Entwertung der Reichswehr und der Sturz der demokratischen Regierung zugunsten einer kommunistischen Räteregierung geplant. In Leipzig sollte eine Zentralkommission eingesetzt werden, die später mit der Zentralkommission in Braunschweig zusammenarbeiten sollte.

Reichswehr-Protest gegen die Faustrecht-Politik.

In Gießen legte die Reichswehr feierlichst Protest dagegen ein, daß die Unabhängigen die Stadtverordneten gezwungen haben, einen Beschluß auf Beschaffung von Waffen zu Sicherheitszwecken für nichtig zu erklären.

Die Kosten der Soldatenräte.

In der von der Reichsregierung der Nationalversammlung vorgelegten Uebersicht über die Ausgaben, die von den Soldatenräten während der Revolution in den einzelnen Befehlsgruppen verursacht wurden, fehlt auch die Festung Mainz nicht. An Vorschüssen für die Mainzer Soldatenräte sind 20 000 M. aufgeführt, die von der Gouvernements-Intendantur ausgezahlt werden mußten, für die aber keine ordnungsmäßigen Belege vorhanden sind. Im ganzen Bereich des ehemaligen 18. Armee Korps betragen die für die Soldatenräte entstandenen Kosten über 1 1/2 Millionen M., dabei ist diese Zusammenstellung, wie die Regierung bemerkt, noch nicht einmal vollständig.

Neue Kohlenpreiserhöhungen.

Essen, 19. Sept. Die Ruhrkohlenzechen haben, wie die „Röln. Volksztg.“ zu melden weiß, beim Reichswirtschaftsministerium einen Antrag auf abermalige Erhöhung der Kohlenpreise gestellt. Die neuen Preisforderungen der Zechen belaufen sich auf 45 M. für die Tonne Förderkohle. Hiervon sind 25 M. als wirkliche Kohlenpreiserhöhung gedacht, während 20 M. einem Bestand zuschießen sollen, der zum Wohnungsbau für Bergarbeiter verwendet werden soll. Bei dem Kokspreis wünscht man sogar eine Erhöhung um etwa 57.60 M. für die Tonne, was einschließlich Steuer eine Gesamtsteigerung von 72 M. ausmachen würde. Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ schreibt, zu diesen Forderungen bisher noch nicht Stellung genommen; es sei aber wohl mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß die Forderungen nicht bewilligt werden. Vor allem neigt man auch im Reichswirtschaftsministerium zu der Ansicht, daß die Kosten für die Errichtung von Bergarbeiterwohnungen nicht den Kohlenpreisen zugeschlagen werden dürfen, wenn auch eine Preiserhöhung in beidermaßen Maße sich nicht vermeiden lassen.

Welt-Steinkohlenyndikat.

Paris, 19. Sept. Die hiesige Nachrichtenagentur Vas Diaz meldet, daß der amerikanische Lebensmittelkontrollleur dem Obersten Wirtschaftsrat den Plan für eine Internationalisierung der Steinkohlenproduktion der Welt vorgelegt habe. Er schlägt vor, ein Weltsteinkohlenyndikat zu bilden.

Frankreich und Deutschland.

mz Berlin, 19. Sept. Der „Volksanzeiger“ meldet: Nach einem Londoner Telegramm besagt eine aus Paris eingetroffene Nachricht, daß die Franzosen mit großen Einkäufen in Deutschland beginnen, weil Deutschland das einzige Land sei, in dem die Valuta über Paris steht.

Der Prozeß gegen den Grafen Arco.

mz München, 19. Sept. Die Verhandlung gegen den Grafen Arco wegen Ermordung des seinerzeitigen Ministerpräsidenten Kurt Eisner wird dem Vernehmen nach voraussichtlich im Oktober stattfinden.

Die Geiselmörder erschossen.

mz München, 19. Sept. Das Urteil an den im Geiselmord zum Tode verurteilten Personen wurde heute nachmittag 4 Uhr im Strafvollstreckungsgefängnis Stadelheim durch Erschießen vollstreckt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Amerikanisches Petroleum für Deutschland.

mz Berlin, 20. Sept. Der „Voss. Ztg.“ zufolge traf mit dem Tankdampfer „Senator“ das erste amerikanische Petroleum nach dem Krieg, eine Menge von 1500 t, aus Rotterdam im Hamburger Hafen ein.

Ausländische Hilfe für deutsche Kinder.

Amsterdam, 19. Sept. Das holländische Rote Kreuz richtet einen Appell an das holländische Volk zur Hergabe von Geldmitteln, um unterernährte deutsche Kinder zu versorgen.

Newyork, 19. Sept. Das Newyorker Komitee des Hilfsausschusses für die Notleidenden in Deutschland hat beschloffen, als erste Liebesgabe für 500 000 M. Milch an die deutschen Kinder zu senden.

Marshall Joffre in Mainz und Wiesbaden.

Marshall Joffre wird am 22. September in Mainz eintreffen. Am nächsten Tage wird sich Joffre nach Wiesbaden begeben und von dort am 24. September rheinabwärts bis nach Bonn fahren.

General Mangin und Birkenfeld.

Nach Anhörung beider Abordnungen aus Birkenfeld gab General Mangin am Mittwoch denselben Mitteilung von zwei Schriftstücken, die dartun, daß Oldenburg schon seit langen daran dachte, Birkenfeld an Preußen zu geben. Der General wandte sich mit Entrüstung gegen derartiges Handeln, bei dem die Bürger wie Herden angesehen werden. Er will seine Hand nicht zu solcher Handlungsweise hergeben, bei der die Provinz Birkenfeld wie eine Ware behandelt wird. Die Kommission drückte hierauf ihre Beruhigung für die Zukunft aus; vielleicht würden die Beamten unter der neuen Regierung ihren Dienst nicht mehr versehen wollen. Wenn das Reich die neue Republik nicht anerkenne, seien große Unzuträglichkeiten zu befürchten. Der General ist der Ansicht, daß die Herren die Gefahr übertreiben. Er will keinen Schritt zurück und die gegebene Lage vernachlässigen durch Wiedereröffnung eines Zustandes der Dinge, den niemand wünscht, selbst nach Ansicht aller Mitglieder der zwei Kommissionen. Er wird keine Beamtenstreiks aus politischer Ursache zulassen und würde Strafmaßnahmen (Ausweisungen) gegen diejenigen treffen, welche durch Aufgabe ihres Dienstes dem öffentlichen Leben der Provinz Abbruch tun sollten. Seiner Ansicht nach werden Neuwahlen zum Landesausschuß, die in derselben Zeit erfolgen wie die Wahlen, die in den verschiedenen Kreisen der besetzten Gebiete stattfinden haben, gestatten, aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, indem sie allseitig vollständige Garantien geben und sich berufen auf den frei geäußerten Willen der Einwohner.

Die Wahlen in Belgien.

mz Amsterdam, 20. Sept. Der „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß die belgische sozialistische Partei unter der Losung „Kampf um die Regierungsgewalt“ in die Wahlen gehen wird. Jeder Gedanke an eine Koalitionsregierung wird abgewiesen. Die Hauptpunkte des sozialistischen Programms werden sein: Verstaatlichung der Kohlenbergwerke und radikale Lösung der Sprachenfrage durch Erfüllung der gesetzlichen Forderungen der Flamen.

Frankreich.

Paris, 19. Sept. Auf Befehl des Kriegsministeriums ist die französische Friedensuniform mit Ausnahme des Ärmels abgeschafft. Somit wird die rote Hose durch die blaue ersetzt.

Die Friedensbedingungen für Bulgarien.

mz Paris, 20. Sept. Havas. Die Uebergabe der Friedensbedingungen an die bulgarische Delegation fand gestern vormittag 10.20 Uhr im Ministerium des Auswärtigen statt. Die bulgarische Delegation habe 20 Tage Zeit, um ihre Bemerkungen vorzubringen.

mz Versailles, 21. Sept. Der größte Teil der bulgarischen Friedensdelegation unter Führung des Ministerpräsidenten Theodoroff hat gestern spät abends mit dem Orient-Express Paris verlassen, um mit der Regierung in Sofia über den Friedensvertrag zu verhandeln. Vor der Abreise erklärte Theodoroff einem Vertreter des „Petit Journal“, er glaube nicht, daß die territorialen Friedensklauseln angenommen werden könnten.

Die Ereignisse in Fiume.

mz Bern, 19. Sept. General Gandeloro hat gestern im Namen der Regierung einen Aufruf an das Freikorps gerichtet, in dem die Uebergabe binnen 24 Stunden verlangt wird. d'Annunzio griff darauf die Regierung neuerdings mit den schärfsten Worten an und erklärte, daß er sich lieber in Fiume begraben lasse, als nachgeben werde.

Minderertrag der italienischen Post.

Bern, 17. Sept. Eine bemerkenswerte Erfahrung hat man in Italien mit der vor einigen Monaten eingeführten Erhöhung der Postgebühren gemacht. Anstatt des auf 40 Millionen Lire jährlich geschätzten Mehrertrags ergaben die beiden ersten Monate bereits einen Minderertrag von etwa sechs Millionen Lire.

Streik auch in Amerika.

mz Amsterdam, 20. Sept. Das Pressbüro Radio meldet: 24 amerikanische Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaften haben beschloffen, am Montag für den Achtsundentag in den Streik zu treten.

